54. Jahrgang. № 190. Dienstag, 12. Juli 1910.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Wie den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugetroffene Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf.; die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — Im Nachtrag nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Für Feinschmecker
Dreixing-
LOBECK & Co
Fondant-Chocolade, Rahm- Chocolade, Bitter- Chocolade per Tafel 50 ₰
Cacao per ½ Kg. Dose 2.40 M.
Dessert per Carton 2. 3 u. 5 M.

RAUM KUNST
Wer sein Heim nach künstlerisch. Grundsätzen individuell ausstatten will, wende sich an die
Raumkunst
Dresden-A., Victoriastraße 5/7.
Einrichtungen für Schlösser, Villen, Sanatorien, Hotels, Mietswohnungen etc. — Brautausstattungen v. 2500 M. an.

Königl. Preuss. Staatsmedaille i. Silber.
Bon Jour mit Goldmundstück . . . . 3½ ₰
Kriegsschule do. . . . . 4 ₰
Luftschiffer do. . . . . 5 ₰
Kronprinz Wilhelm m. versch. Mundstück. 6½ ₰
Egyptian Cigarette Company, Berlin NW. 7
Kairo — Brüssel — London E. C. — Frankfurt a./M., Bahnhofsplatz 10.
Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Soeben erschienen Gratisbroschüre!
Was brauche ich aus der Apotheke für meine Reise?
Merkbüchlein, enthaltend eine sachgemässe Zusammenstellung der nötigen Medikamente für die Reise, Sommerfrische usw. Kompl. Reiseapotheken in praktischer Etuiform von Mark 1,50 aufwärts. Versand nach auswärts.
Löwen-Apotheke, Dresden-A., Altmarkt.

Tuchwaren.
Lager hochfeiner deutscher und englischer Anzug-, Hosen-, Paletot- und Westenstoffe in allen modernen Farben und Prima-Qualitäten, Damentuche, Billardtuche, Bunte Tuche. Verkaufsstelle der vorschriftsmässigen Uniformstoffe für Kgl. Sächs. Staatsforstbeamte.
Hermann Pörschel
Scheffelstrasse 19/21 (Kleines Rauchhaus).

## Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Wärmer, aber noch veränderlich.

Der Papst hat das Handschreiben des Königs von Sachsen in Sachen der Borromäus-Enzyklika mit einem Gegenhandschreiben beantwortet, worin er u. a. erklärt, daß er niemals eine Beleidigung der deutschen Protestanten beabsichtigt habe, und daß er die Mißverständnisse durch die Nichtveröffentlichung der Enzyklika bereits beseitigt habe.

Der Erzbischof Bavossy von Kalkosa (Ungarn) hat am Sonntag in seiner Diözese die Borromäus-Enzyklika verkünden lassen.

Das sächsische Submissionsamt, dessen Hauptgeschäftsstelle sich in Leipzig befindet, wird in nächster Zeit seine erste Geschäftsnebenstelle in Dresden einrichten.

Der Herzog von Westminster stürzte auf der Reede von Cowes mit einem Hydroplan ins Wasser; er wurde in die See hinausgetrieben und ging unter, konnte aber schließlich noch gerettet werden.

Demnächst soll ein Flug über die Alpen im Aeroplan erfolgen, für den ein Preis von 300 000 Francs von der italienischen Aviatischen Gesellschaft gestiftet worden ist.

Aus Pillau kommt die Meldung, daß westlich der Fedderot-Tonne ein großer Dampfer gesunken sei. Die ganze Besatzung gilt als verloren.

## Freisinn und Nationalliberale.

Bei den Vorbereitungen, welche alle Parteien bereits jetzt für die im nächsten Jahre bevorstehenden Reichstagswahlen treffen, spielen die Beziehungen der Parteien zu einander eine der wichtigsten Rollen, denn nur bei einem Zusammenschluß der Ordnungsparteien ist in Sachsen der Triumph der Sozialdemokratie abzuwenden. Aus diesem Grunde haben die Parteileitungen die ernsteste vaterländische Pflicht, zu prüfen, nach welcher Seite sie in erster Linie Anschluß suchen müssen. Die nationalliberale Partei wird hierbei vor die Frage gestellt sein: stehen ihr nach Vergangenheit und den nationalen und wirtschaftspolitischen Aufgaben der Zukunft die Freisinnigen oder die Konservativen näher? Eine hochbedeutsame Erinnerung erleichtert die Bildung des Urteils hierüber.

Im Jahre 1903 stand der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Heinze im 1. sächsischen Wahlkreise als Kandidat zur Wahl. Er war im Kampfe auch mit einem deutsch-freisinnigen Kandidaten.

Der nationalliberale Wahlausschuß hielt damals dem Freisinn folgenden Spiegel vor. Er erließ im Zittauer Wahlkreise folgende Feststellungen gegen den Freisinn:

„Dieser regierende Freisinn oder die bürgerliche Demokratie hat gestimmt:

1862 bis 1866 gegen die Armee-Reorganisation, das eigenste Werk Wilhelms I., durch das die deutsche Einheit geschaffen wurde.

1866 nach dem siegreichen Kriege gegen die Anleihe für Heer und Flotte zur Fortführung der deutschen Politik und gegen die Ergänzung des in jenem Kriege erschöpften Staatsschatzes.

1866 gegen die bleibende Heeresorganisation.

1868 gegen den Fortbestand der Flotte.

1869 gegen die Aufrechterhaltung einer starken Wehrkraft. (Hierbei ist bemerkenswert der klassische Antrag Virchows auf einseitige Abrüstung, d. h. der Norddeutsche Bund solle nicht warten, bis durch diplomatische Verhandlungen eine allgemeine Abrüstung erlangt sei, sondern damit selbständig vorgehen. Und zwar geschah dies 1869, als seit dem Luxemburger Handel die französischen Rüstungen ganz offen betrieben wurden und dort alles nach Rache für Sadowa schrie.)

1871 gegen die Bildung eines Reichskriegsschatzes.

1874, 1880, 1887 gegen das Septennat, d. h. gegen die Bewilligung der Heeresstärke auf 7 Jahre.

1880 gegen die Ergänzung der Flotte.

1890 gegen den Neubau von Panzern und Avisos.

1893 gegen die Heeresvorlage nebst zweijähriger Dienstzeit.

1898/1900 gegen die Flottenvorlagen.

Wir fragen jeden unbefangenen Menschen, was aus unserem Vaterlande geworden wäre, wenn bei diesen Gesetzesvorlagen die Demokratie ihren Willen durchgesetzt hätte? Wir glauben, selbst die freisinnigen Philister hätten die Folgen als schreckliche empfunden.

Als nun, obgleich die Demokratie alle Mittel zur Schaffung eines einigen deutschen Vaterlandes verweigert hatte, der 18. Januar 1871 uns ein solches bescherte, jenes Ideal auch der alten 48er, was tat da die moderne Demokratie? Sie stimmte

1870 gegen die Reichsverfassung, nachdem sie 1867 bereits gegen die norddeutsche Bundesverfassung gestimmt hatte.

Für die politische Kurzsichtigkeit des Freisinns zeugt u. a. deren Abstimmung

1879 gegen die Verstaatlichung der Eisenbahnen. (Dabei mag als Kuriosum erwähnt werden, daß die freisinnige Leuchte Berlins, der jetzige Ehrenbürger und Abgeordnete Dr. Langerhans, gegen die Berliner Stadtbahn 1878 unter der Begründung stimmte, „er sei nicht in der Lage, der Regierung zuzutrauen, daß sie ein so wichtiges Werk zweckmäßig zu Ende führe".)

Selbstredend ist unsere Demokratie wie eine Gegnerin der Flotte, so auch der Kolonialpolitik. Käme es auf diese Leute an, so würden wir keine einzige Kolonie besitzen und nirgends würde sich die deutsche Kriegsflagge zeigen; so hat denn die Demokratie

gegen sämtliche kolonialen Forderungen und

gegen sämtliche Subventionen der Postdampfer gestimmt.

Was nun die innere Politik betrifft, so zeigte sich die demokratische Partei weder fortschrittlich noch freisinnig, denn sie verwarf

1870 das einheitliche Strafgesetzbuch

1872 das Militärstrafgesetzbuch,

1876 das Gerichtsverfassungsgesetz,

„ die Strafprozeßordnung,

„ die Zivilprozeßordnung,

„ die Konkursordnung,

1888 den Ausschluß der Oeffentlichkeit bei Gerichtsverhandlungen über landesverräterische Pläne,

1880 das Wuchergesetz,

1882 den Zollanschluß von Hamburg, der dem Reiche so dienlich war und einen großartigen Aufschwung unseres ersten Seehafens zur Folge hatte,

1888 die fünfjährigen Legislaturperioden, die so wohltätig das viele Wählen etwas einschränken,

1893 das Gesetz gegen Vieh- und Sachwucher,

1896 das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb,

1897 die Handwerksvorlage.

Als Probe ihres Uebelwollens gegen den Handwerkerstand stimmte sie

1881 gegen die Kräftigung des freien Innungswesens,

1896 gegen die Novelle zur Gewerbeordnung, sowie

1897 gegen deren Abänderung,

1896 gegen das Börsengesetz

wie sie überhaupt aus erklärlichen Gründen gegen alles ist, was der Börse unbequem sein könnte.

Die **Sozialdemokratie** wird von der bürgerlichen Demokratie zwar bekämpft, da für diese im sozialdemokratischen Zukunftsstaat kein Platz sein würde, aber diese Bekämpfung ist nur eine theoretische; tatsächlich fördert sie die Umsturzpartei nach Kräften, ist ihr eigentlicher Nährboden, die beste Vorfrucht, wie ein einem scharf treffenden Pfeile vergleichbares Wort Bismarcks sie bezeichnete. In allen großen Städten, in denen die Demokratie herrschte, ist diese von der Sozialdemokratie abgelöst worden. —

Da der Freisinn Eugen Richterscher Ordnung aber ebenso wie die Sozialdemokratie von der Unzufriedenheit der Massen lebt, so hat sich derselbe auch der sozialen Gesetzgebung, die aus dem eigensten Willen Wilhelms des Großen hervorgegangen ist, entgegengestellt; er stimmte demnach

1883 gegen die Krankenversicherung der Arbeiter,

1884 gegen die Unfallversicherung der Arbeiter,

1889 gegen die Invaliditäts- und Altersversicherung.

Von dem Gedeihen der Landwirtschaft, von der physischen Kraft der Landbevölkerung und vor allem von dem durch Sitte und Herkommen gefestigten und beharrlichen Sinn eines durch viele Generationen auf erobertem Grund und Boden arbeitenden Bauernstandes hängt die dauernde Wohlfahrt unseres Landes ab. Die Demokratie aber ist die größte Gegnerin der Landwirtschaft, ihr gegenüber läßt sie vollständig die Lehre des Manchestertums gelten, d. h. man soll die Dinge gehen lassen. Das naturgemäß Richtige würde sich dann von selbst ergeben, und wenn der Schwache vom Starken verdrängt wird, so hat er es eben nicht anders verdient, während nach nationalen Grundsätzen der Staat den Schwachen schützen soll.

Die bürgerliche Demokratie hat daher stets gegen jeden Schutzzoll für unser Getreide gestimmt und auch

1887 und 1896 gegen die Reform der Branntweinsteuer, bei der es galt, die namentlich für die Gegenden mit leichtem Boden unentbehrlichen kleinen landwirtschaftlichen Brennereien gegen die großen gewerblichen zu schützen,

1887 gegen die Reform der Zuckersteuer,

1896 gegen das Margarinegesetz, das den Täuschungen ein Ende machen sollte, die im Handel mit diesem Fabrikat getrieben wurden.

Dieses keineswegs vollständige, aber immerhin ausreichende Sündenregister unserer bürgerlichen Demokratie kennzeichnet deren Ziele. Man sieht, wie der sogenannte Freisinn wirkt, wie die Partei gegen alles gestimmt hat, was der Größe und Wohlfahrt des Vaterlandes frommt, und ebenso gegen alles, was zum Schutze der nationalen Arbeit und der Arbeiter dient.

Wenn es nach dieser Demokratie gegangen wäre, hätten wir weder eine Reichsverfassung, noch Reichsjustizgesetze, weder ein stehendes Heer, noch eine Flotte, weder Arbeiterversicherungsgesetze, noch Wuchergesetze, und würden im Rate der Völker eine klägliche Rolle spielen. Die bürgerliche Demokratie hat sich eben in ihrem starren, unfruchtbaren Doktrinarismus vollständig unfähig erwiesen, den wirklichen Bedürfnissen des Reiches und des Volkes Rechnung zu tragen."

Diesem von den Nationalliberalen dem Freisinn vorgehaltenen Sündenregister fügen wir, ohne auf Vollständigkeit Anspruch zu erheben, noch folgendes bei:

Der Freisinn hat in seiner großen Mehrheit 1895 im Reichstag dem **Fürsten Bismarck** einen Glückwunsch zum 80. Geburtstag abgelehnt!!!

Er hat weiter gestimmt:

1900 gegen die Erhöhung der Börsensteuer,

1902 gegen die Champagner-Steuer,

1905 gegen die notwendige Verstärkung der Armee,

1905 gegen die Besteuerung der Wetten bei Pferde-Rennen,

1906 gegen das Schuldentilgungsgesetz,

„ gegen die Staffelung der Brausteuer zur Schonung der kleineren Betriebe,

1906 gegen die Tantiemesteuer der Aufsichtsräte.

Im preußischen Abgeordnetenhause hat der Freisinn sämtliche Vorlagen zum Schutze des Deutschtums in den Ostmarken gegen die polnische Gefahr abgelehnt!!

Er hat dort ferner gestimmt:

1891 gegen die Einkommensteuerreform (Befreiung der Kleinen, stärkere Heranziehung der Großen),

1893 gegen die Kommunalsteuer-Reform,

1900 gegen die Besteuerung der Warenhäuser durch die Gemeinden,

1906 gegen die Besteuerung der Konsumvereine und der Genossenschaften m. b. H.

Wenn man das alles erwägt, wenn man beachtet, wie die großen nationalen und wirtschaftspolitischen Fragen gemeinsam von Konservativen und Nationalliberalen gegen den Freisinn gelöst worden sind, wie der Freisinn jetzt wieder die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen unterstützt, so kann man nur sagen, die Nationalliberalen verleugnen ihre Vergangenheit, ihre Tradition, wenn sie mit dem Freisinn sich verbrüdern und seiner Freundschaft Opfer bringen. Wie können sie dann noch mit Recht behaupten, sie ständen auf dem Boden der nationalen Bismarckschen Wirtschaftspolitik und der entschiedenen Bekämpfung der Sozialdemokratie?

Es ist ja erfreulich, wenn sich jetzt nationalliberale Stimmen mehren, die zur Einigkeit gegen die Sozialdemokratie mahnen. Zu Dr. Weber gesellt sich jetzt auch Reichstagsabgeordneter Fuhrmann, der in der „N. Z." schreibt: „Die nationalliberale Partei wird doch nicht vergessen dürfen, daß der schärfste Gegner nicht nur der Rechten, sondern namentlich auch des Liberalismus links steht: die Sozialdemokratie, und daß dieser Gegner über die heutigen Tageskämpfe hinaus, die ihre Erledigung finden müssen, der gemeinsame Gegner aller bürgerlichen Parteien und Todfeind der bürgerlichen Gesellschaft bleibt, dessen endgültiger Sieg nach einheitlicher Ueberzeugung der Rechten wie der Linken das Ende unserer Kultur zu bedeuten haben würde." Es wäre zu wünschen, daß in der Praxis auch entsprechend gehandelt werde.

Handschuhe Altmarkt 8 Handschuhe
Spezial-Geschäft Gebrüder Wohlauf. Nur Handschuhe

## Neueste Drahtmeldungen

vom 11. Juli.

**Ein Handschreiben des Papstes an den König von Sachsen in Sachen der Borromäus-Enzyklika.**

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Voss. Ztg." läßt sich aus Dresden melden: Der Papst übersandte dem König ein Handschreiben, worin er ihm mitteilt, er habe die deutschen Protestanten nicht beleidigen wollen und habe die in der Enzyklika enthaltenen Beleidigungen bereits zurückgenommen. — Das Blatt bemerkt hierzu: Die Antwort, die der preußische Gesandte am Vatikan auf seine Vorstellungen erhalten hat, war bekanntlich weder nach Form noch nach Inhalt so einwandfrei, daß sie hätte befriedigen können. Es ist daher schwer verständlich, wie der Papst in seinem Handschreiben an den König von Sachsen sagen kann, er habe die in der Enzyklika enthaltenen Beleidigungen bereits zurückgenommen. — Die „Tägl. Rundschau" schreibt: Der Papst hat das Handschreiben des Königs von Sachsen in Sachen der Borromäus-Enzyklika mit einem Gegenhandschreiben beantwortet, worin er dem König erklärt, daß er niemals eine Beleidigung der deutschen Protestanten beabsichtigt habe und daß er die Mißverständnisse durch die Nichtveröffentlichung der Enzyklika bereits beseitigt habe.